

Ergebnisprotokoll
über die 32. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren
vom 30.06.2011

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:50 Uhr
Ort: Gemeindesaal in 14979 Großbeeren, Am Rathaus 1 A

Anwesende

Gemeindevertreter:	Herr G. Pächnitz	SPD	2. Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
	Herr C. Ahlgrimm	parteilos	Bürgermeister
	Herr T. Grzeskowiak	FDP	
	Herr W. Paul	FDP	
	Herr J. Müller	FDP	
	Herr B. Winkelmann	FDP	
	Herr G. Henkel	CDU	
	Herr M. Richter	CDU	(ab 19:16 Uhr anwesend)
	Frau C. Blume-Rottenbiller	CDU	
	Herr R. Justawitz	CDU	
	Frau P. Brückner	SPD	
	Herr H. Barthel	SPD	
	Herr B. von Schrötter	SPD	
	Frau Dr. I. Pacholik	DIE LINKE	
	Frau C. Krause	DIE LINKE	
	Frau U. Grams	FBB	
	Herr R. Brand	FBB	

Entschuldigt: Herr R. Pächnitz-Löwendorf FDP Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr D. Steinhausen CDU 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herr Ritter Leiter Bau- und Planungsamt

Von der Gemeindeverwaltung: Herr U. Fischer stellv. Bürgermeister u. Dezernent für Geschäftsbereich II
Frau van der Mond Leiterin Bürgerdienste
Herr L. Schwarz Ordnungsamt zu TOP 7

Gäste: 23 Bürgerinnen und Bürger

Tagesordnung: Öffentlicher Teil

- TOP 1** Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2** Verlesung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3** Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.05.2011 (§ 42 Absatz 3 BbgKVerf)
- TOP 4** Bericht des Bürgermeisters

...

TOP 5	Einwohnerfragestunde	2
TOP 6	Anfragen der Gemeindevertreter	
TOP 7	Gefahrenanalyse Feuerwehr	
TOP 8	Informationen der Verwaltung	
TOP 9	Öffentliche Beschlussfassung	
9.1	DS 185/2011	Stellungnahme zum Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung 2009 der Gemeinde Großbeeren durch das Rechnungs- u. Gemeindeprüfungsamt. Entlastung des Bürgermeisters
9.2	DS 186/2011	Änderung- u. Ergänzungsvertrag zum Erschließungsvertrag vom 22.04.2003 zur Erschließung der JVA Heidering
9.3	DS 187/2011	Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Durchführung der Aufgaben nach § 12 Abs. 1 KitaG
9.4	DS 188/2011	Entsendung eines Vertreters der Gemeinde Großbeeren in den Kita-Ausschuss des Hortes Großbärenkinder
9.5	DS 189/2011	Benehmensherstellung des Staatlichen Schulamtes zu sechs Anträgen von Eltern auf Besuch einer anderen als der zuständigen Grundschule

Tagesordnung: Nichtöffentlicher Teil

TOP 1	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 26.05.2011 (§ 42 Absatz 3 BbgKVerf)
TOP 2	Nichtöffentliche Beschlussfassung
2.1	DS 190/2011 Grundstücksverkauf
2.2	DS 191/2011 Grundstücksverkauf
TOP 3	Informationen der Verwaltung

Zu TOP 1

Der 2. Stellvertreter des Vorsitzenden, **Herr Pächnatz**, stellt nach Begrüßung der Anwesenden die ordnungsgemäße Ladung der Gemeindevertreter sowie die ortsübliche und fristgemäße Bekanntmachung der Sitzung fest. Die Beschlussfähigkeit ist mit 15, ab 19:16 Uhr mit 16 anwesenden Gemeindevertretern und dem stimmberechtigten Bürgermeister gegeben.

Zu TOP 2:

Verlesung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Pächnatz stellt fest, dass es keine Änderungs- und Ergänzungswünsche zur ...

Tischvorlagen für den öffentlichen Teil der Sitzung:

- Ergebnisprotokoll der 31. Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren vom 26.05.2011 mit Bürgermeisterbericht
- Gemeinsamer Antrag der FDP und CDU Fraktion zur Geschwindigkeitsreduzierung der Berliner Straße

Zu TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.05.2011

Die Niederschrift wird ohne Einwendungen / Ergänzungen in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Zu TOP 4:

Der Bericht wird vom Bürgermeister Herrn Ahlgrimm vorgetragen und ist als Anlage Bestandteil des Protokolls.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Die Anfragen werden wörtlich protokolliert.

1. Anfrage von Herrn Matthies:

„Ich habe keine Frage. Ursprünglich hatte der Kulturverein ein Gespräch mit dem Bürgermeister gewünscht und um einen Termin gebeten. Leider ist dieser Termin nicht zustande gekommen. Ich hatte auch nicht vor heute in dieser Gemeindevertretungssitzung dieses Thema anzusprechen, aber der Bürgermeister hat mich durch das Sekretariat genau dazu aufgefordert, dies zu tun. Nach nun mehr zwei Jahren wollte der Kulturverein folgende Punkte mit dem Bürgermeister besprechen:

- 1.) Die von Manfred Michael in Arbeit befindliche und vom Verein heraus zu gebende Chronik Großbeeren
- 2.) Vorstellungen des Vereins zur kulturellen Beteiligung in der Gemeinde
- 3.) Vorstellungen des Bürgermeisters zur kulturellen Beteiligung des Vereins in der Gemeinde
- 4.) Aussage des Bürgermeisters im Hauptausschuss zum Verein

Weshalb der Verein mit den Gemeindevertretern über die Vorstellungen des Bürgermeisters sprechen sollte, ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Gleiche gilt auch für den Punkt der Chronik, also beschränke ich mich auf den Punkt 4, wo es um die Aussage des Bürgermeisters im Hauptausschuss vom 23.03.2011, dort zum TOP 5, geht. Es geht um Informationen der Verwaltung zu 740 Jahre Großbeeren. Es wurde ein organisatorisches Problem bei Festen der Gemeinde angesprochen. In diesem Zusammenhang wurde der Kulturverein mehrfach erwähnt. 1. Siegesfest / historischer Umzug, 2. Gemeinde- und Schulfest, 3. Ferienpass. Im Protokoll auszugsweise steht, ich lese natürlich nicht das ganze Protokoll vor, nur die Passagen, die jetzt für diese Dinge relevant sind. Aussage von Herrn Ahlgrimm: *„Der jährlich stattfindende historische Festumzug am Sonntagmorgen wurde im vergangenen Jahr vom Kulturverein organisiert, der sich jedoch, lt. aktueller Mitteilung, dazu nicht mehr in der Lage sieht.“* Das ist falsch. Da bis heute niemand offiziell mit uns, dem Verein, über das Siegesfest gesprochen hat, ist nicht klar wie die Aussage zustande kommt und wie aktuell diese Mitteilung sein soll. Richtig ist, dass wir diesen Umzug nicht mehr durchführen, weil es, wie im Verein üblich, einen Beschluss gegeben hat, der der mangelnden Identifizierung der Mitglieder

...

in dieser Aktion Rechnung trägt. Das hat Herr Bujak zum Empfang des Bürgermeisters Anfang des Jahres auf seine Frage hin, ob wir diesen Umzug durchführen werden, von mir erfahren, mehr nicht, woraufhin **Herr Ahlgrimm** hinterfragt, was an seiner Feststellung, dass der Kulturverein den Umzug nicht organisiere, falsch sei, da Herr Matthies ja gerade eben diese Tatsache bestätigte. **Herr Matthies** entgegnet; „Die Aussage ist dahingehend falsch, dass hier gesagt worden ist, dass der Kulturverein sich nicht in der Lage sieht. Das ist falsch. Wir sehen uns selbstverständlich in der Lage, einen Umzug zu organisieren, wenn wir es für richtig halten. Das ist die klare Sache dazu. Aktuell wäre es gewesen, wenn mit uns gesprochen worden wäre und eine aktuelle klare Information, die dezidiert von uns gegeben werden könnte, dann an Dich gelangt wäre. Dann gibt es eine weitere Passage zum zweiten Punkt: *„Festgestellt wird von Herrn Ahlgrimm, dass man derzeit mit einer nicht unerheblichen Müdigkeit in der Organisation von Veranstaltungen zu kämpfen hat, die bisher mit Unterstützung durch engagierte ehrenamtliche Mitbürgerinnen und Mitbürger organisiert und durchgeführt wurden. Der Kulturverein hat sich aus Veranstaltungen wie Gemeinde- und Schulfest, Ferienpass, Historischer Umzug zurückgezogen, der Förderverein Schule sieht sich nicht in der Lage, den Part Gemeinde- und Schulfest alleine zu organisieren, das Siegesfest kämpft mit organisatorischen Problemen.“* Zum Gemeinde- und Schulfest, sowohl der Bürgermeister als auch der Schulleiter sind im letzten Jahr noch auf dem stattfindendem Fest von mir informiert worden, dass der Kulturverein das Fest in dieser Form nicht mehr organisieren wird, da es in der Gemeinde sowohl von den Gemeindevertretern als auch beim Förderverein der Schule andere Bestrebungen gibt, zukünftig zu agieren. Auch hier sind wir lediglich als Organisator der Gemeinde vom Veranstalter bestellt worden. Der Veranstalter hat es bis heute nicht für nötig befunden mit dem Kulturverein und allen anderen Vereinen über eine organisatorische Beteiligung von Festen der Gemeinde zu sprechen und alle an einen Tisch zu holen. Also d. h. die entsprechenden Gedanken und Bestrebungen der Gemeindevertreter, die seit zwei Jahren schon im Raum stehen, sind hier noch nicht zum Tragen gekommen und demzufolge haben wir auch gar keine Notwendigkeit, hier weitere Äußerungen oder Stellungnahmen abzugeben, solange wir nicht angesprochen werden. Zum Dritten der Ferienpass, da ist Folgendes zu sagen. Der Verein hat im letzten Jahr den Ferienpass organisiert, nachdem dieser ein Jahr nicht stattgefunden hat und vermehrt Anfragen von Eltern an uns gerichtet worden sind. Da der Kulturverein aber den Pass in diesem Jahr inhaltlich am kulturellen Gedanken orientieren wollte, das aber bis zu einem bestimmten Zeitraum nicht geschafft hat, gab es den Beschluss, keinen Ferienpass aufzulegen und den Blick auf das nächste Jahr diesbezüglich zu richten. Da der Ferienpass im April im Bildungsausschuss auf der Tagesordnung stand und ich dann auch dort vorgesehen war, dazu zu sprechen, ist die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Frau Brückner, von mir rechtzeitig und ausführlich per Email über den Sachstand informiert worden. Mich wundert in diesem Zusammenhang nur, dass im Protokoll dieser Aprilsitzung des Ausschusses mit keinem Wort der Ferienpass mehr erwähnt wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Verein sehr wohl in der Lage ist in der Gemeinde seinen Platz einzunehmen, aber nur den Platz, den die Mitglieder für richtig halten. Abschließend möchte ich nur darauf hinweisen, dass ich hier nicht stehen müsste, oder sitzen, um mich für den Verein zu rechtfertigen, wenn zu all diesen Punkten nur einmal die Gemeindevertretung oder der Bürgermeister rechtzeitig Kontakt aufgenommen und als Veranstalter alle Vereine an einen Tisch geholt hätte. Danke schön.“ **Herr Ahlgrimm** äußert sein Bedauern, dass der Verein seine Äußerung, die im Protokoll zutreffend wiedergegeben wurde, als Wertung aufgefasst hat, denn das war überhaupt nicht beabsichtigt. Es ist lediglich faktisch festzustellen, dass bestimmte Dinge schlicht und ergreifend in der Organisation weggefallen sind und die Gemeinde immer mehr Probleme mit ehrenamtlicher Mitarbeit bei größeren Veranstaltungen hat. Herr Ahlgrimm räumt ein, dass vielleicht ein anderes Wort geeigneter gewesen wäre, bemerkt jedoch, dass in Sitzungsverläufen nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden sollte. **Herr Grzeskowiak** befürwortet eine schnelle

...

Kontaktausnahme zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Kulturverein, woraufhin **Herr Ahlgrimm** erklärt, dass in Anbetracht der Fülle seines Terminkalenders ein Gesprächstermin mit dem Kulturverein kurzfristig nicht möglich war. **Frau Brückner** erklärt, dass der TOP Ferienpass in der Aprilsitzung des Bildungsausschusses von der Tagesordnung genommen wurde und der Ferienpass deshalb im Protokoll nicht mehr präsent war.

2. Anfrage von Herrn Behrendts:

„Ich hatte vor einem Vierteljahr ein paar Fragen gestellt über die investiven Maßnahmen der Kommune für die Flächen, die von den Sportvereinen genutzt werden. Ich dachte es käme, wenn ich beruflich verhindert bin, schriftlich.“ **Herr Ahlgrimm** informiert, dass die Fragen bis zur nächsten Sitzung zu beantworten waren und diesbezüglich schon seit April vorliegen, woraufhin er diese noch einmal vorträgt:

„1. Wie hoch waren die Investitionen in die gemeindeeigenen Sportflächen der Gemeinde Großbeeren in den Haushaltsjahren 2005 bis einschließlich 2010, die von den Sportvereinen Grünweiß, Rotweiß und Hockey genutzt werden? Und dann welche Investitionen für welche Sportflächen wurden getätigt?“ Herr Ahlgrimm übergibt Herrn Behrendts eine Liste über die Gesamtinvestitionen aus dem Vermögenshaushalt, die in diese Sportflächen geflossen sind, aus der sich Kosten in einer Größenordnung von 787.753,43 €, verteilt auf die Haushaltsjahre 2005-2010, ergeben.

„2. Frage wäre, werden zur Pflege und Unterhaltung dieser gemeindeeigenen Sportflächen Gemeindearbeiter eingesetzt? Wie hoch ist der Arbeitseinsatz pro Woche in Stunden pro Fläche?“ Es werden zwei Kollegen aus der Grünlandpflege für die Pflege der Flächen etwa 2,5 Tage in der Woche eingesetzt, sodass man im Prinzip davon ausgehen kann, dass ein Kollege in der Woche durchgehend die Flächen pflegt, erläutert **Herr Ahlgrimm**.

3. Anfrage von Herrn Jarosch:

„Mein Name ist Detmar Jarosch. Ich bin der Gesamtelternvertreter der Otfried-Preußler-Oberschule und ich bin heute hier zu dem Thema Schulweg. Herr Ahlgrimm, ich hatte Sie per Email angeschrieben vor ganz kurzer Zeit zu diesem Thema. Meine Frau hat in den Briefkasten mehrere Briefe von mir und von besorgten Eltern eingeworfen zu diesem Thema und ich denke die Situation, die entstanden ist, ist allen bewusst und auch klar. Und mir geht es auch nicht darum, dass die Eltern nicht die Verantwortung übernehmen wollen, sondern mir geht es um ganz klare Aussagen. Ich habe viele Gespräche geführt. Die erste Aussage ist, es betrifft nicht nur die Kinder der 0. Klasse bzw. vom 0. Elternabend, sondern auch die Kinder darüber hinaus. Es gab ein Gespräch mit den Eltern der 1. Klasse und der 2. Klasse, die auch von dieser Problematik betroffen sind. Sie haben in Ihren Ausführungen vorhin nur die 1. Klassen angesprochen. Meine erste Frage, ist dem so, dass es wirklich nur die 1. Klassen sind? Des Weiteren gibt es von mir Fragen: Sie sprachen von dem Weg zwischen Schule und Hort. Es gibt noch Kinder, die nicht vor der Schule in den Hort gehen werden, um dort eine Aufsicht zu haben. Wie sieht der Weg von Hort zur Schule aus? Da bitte ich auch eine Aussage zu, ich denke auch an die Jahreszeit, die ja dann auch nach dem Herbst kommen wird. Es gibt ungesicherte Übergänge auf dem Weg zum Hort. Gibt es da andere Regelungen? Wird man da Veränderungen vornehmen? Es ist ja genau gegenüber eine Kreuzung, dann sind da auch ein Fahrradweg und ein Fußgängerweg, die gleichzeitig genutzt werden vor der Kirche, was auch in dem Schreiben drin steht. Sind da Veränderungen geplant zur Sicherheit unserer Kinder? Und der Brief von der Gemeinde ist vor den Sommerferien raus gegangen, die Aufregung ist sehr groß gewesen bis es zur Aufklärung kam. Die ganze Situation hat einen ganzen Moment gedauert. Es sind jetzt viele in die Sommerferien gegangen. Ich glaube eine Stellungnahme der Gemeinde wäre sehr wichtig, auch wenn sie noch nicht abschließend ist, aber zumindest das was gezeigt wird. ...

Weil es Überlegungen gibt, was tut man, wenn dem wirklich so sei. Und ich habe gestern noch einmal auf den Internetseiten gesurft, habe nichts gefunden zu dem Thema. Deshalb meine Bitte, die Eltern zu informieren, dementsprechend wie Sie es auch gemacht haben über die Veränderungen und dann würde ich den Lösungsansatz für die Serviceleistungen, Sie haben das so nett formuliert. Serviceleistungen würden mich wirklich interessieren, ich bitte da weitere Aussagen zu treffen, damit wir auch als Eltern darauf reagieren können. Und das Thema ist wirklich sehr emotional und ich bitte da wirklich um Verständnis. Beschäftigt viele Eltern.“ **Herr Ahlgrimm** erklärt, dass nur für den Bereich der 1. Klassen eine Übereinstimmung mit dem Landesjugendamt und dem Jugendamt des Kreises hinsichtlich der Erfordernis einer Begleitung der Kinder im Sinne der Verkehrserziehung besteht. In den ersten Wochen des neuen Schuljahres wird sich für die Kinder der 2. Klassen am Grundsatz des Verfahrens der Begleitung durch Horterzieher nichts ändern, da die 2. Klassen die erste Zielgruppe sind, die in das Selbstständige Laufen entlassen werden, da sie bereits ein Jahr an jedem Schultag diesen Weg gegangen sind. Die Form der Begleitung wird intensiviert werden, um eine Verkehrserziehung der Kinder sowie die darauf folgende Dokumentation eines jeden einzelnen Kindes stärker zuzulassen, wobei von einem Zeitraum des ersten Halbjahres ausgegangen werden kann. Solange die Frühaufsicht im Hort geführt wird, findet eine Begleitung durch Erzieher des Hortes statt, jedoch werden Möglichkeiten geprüft, die Frühaufsicht im Schulgebäude durchzuführen. Bezüglich der ungesicherten Übergänge auf dem Schulweg sieht Herr Ahlgrimm die Ruhlsdorfer Straße und die August-Bebel-Straße als relativ unkritische ungesicherte Straßeneinmündungen, die ein äußerst geringes Verkehrsaufkommen aufweisen. Um den seiner Auffassung nach viel gefährlicheren Bereich vor dem Parkplatz Bäcker/Fleischerei zu umgehen, schlägt Herr Ahlgrimm vor, die grundsätzliche Ausgestaltung des Weges zu überdenken und wie bereits in früheren Jahren angewendet, den verkehrsberuhigten Weg über das Gelände des Küsterteichs, dann die Ruhlsdorfer Straße entlang bis hin zur Ernst-Thälmann-Straße mit der bedarfsgerechten Ampel in der Bahnhofstraße zu wählen. Nach der Sommerpause wird die Gemeindevertretung über die Schulwegsicherung diskutieren. Das Informationsschreiben an die Eltern ist für Herrn Ahlgrimm selbstverständlich. Das Thema Serviceleistung resultiert aus der Begehung des Landesjugendamtes, das eine verkehrserzieherische Schulwegbegleitung für eine pädagogische Aufgabe hält, jedoch alles darüber hinaus nicht, sodass die Gemeindevertretung entscheiden muss, ob sie durch zusätzliches Personal eine solche Leistung auch zukünftig erhalten will.

4. Anfrage von Frau Albrecht:

„Marina Albrecht mein Name. Zum Thema Verkehrserziehung würde niemand seinem Kind in Abrede stellen, dass es das nicht kann, aber ich als Elternteil und ich unterstelle Ihnen gerade, ich denke, Sie haben keine eigenen Kinder und ich möchte eigentlich selber entscheiden, ab wann ich mein Kind der Selbstständigkeit überlasse. Ich möchte selber entscheiden, ab wann mein Kind allein die Straße benutzen darf, alleine nach Hause gehen darf, alleine Wege beschreiten darf. Mein Kind darf noch nicht einmal alleine zum Bäcker gehen, geschweige denn alleine raus gehen. Die Gemeinde schreibt mir vor, dass mein Kind alleine den Weg von der Schule zum Hort laufen muss und ich bin total entsetzt. Soviel zum kinderfreundlichen Großbeeren.“ **Herr Paul** gibt zu Bedenken, dass bei der Standortsuche für den neuen Hort die Schulnähe zu berücksichtigen ist, um einen möglichst kurzen Weg zwischen Hort und Schule zu gewährleisten, der besonders für die Erst- und Zweitklässler sicherer ist. **Frau Albrecht** wirft ein: „hoffentlich ist bis dahin kein Kind verloren gegangen auf dem Weg von der Schule zum Hort. Wir haben gerade vor allen Dingen in Thüringen, dass ein Kind wieder entführt wurde. Wir hatten letztes Jahr den gleichen Fall um die gleiche Zeit gehabt. Wollen wir warten, bis Großbeeren in die Schlagzeilen gerät?“ **Herr Ahlgrimm** weist auf die klare und deutliche

...

Rechtsslage hin, nach der für den Weg von der Schule in den Hort und vom Hort nach Hause die Eltern verantwortlich sind. Alles was die Gemeinde über die Verkehrserziehung hinaus anbietet, ist eine freiwillige Leistung der Gemeinde, ohne Rechtsanspruch der Eltern. Herr Ahlgrimm bittet den weiteren Fortgang der Überlegungen der Gemeinde und möglicher Kompromisse zu sehen, da die Gemeinde versucht auf begründete Ängste und Befürchtungen der Eltern einzugehen, soweit es in einem insgesamt vertretbaren Rahmen bleibt, an dem alle Betroffenen mitwirken.

5. Anfrage von Herrn Grüning:

„Grüning Michael, Sie haben jetzt das gerade so schön gesagt, dass die Eltern dafür verantwortlich sind. Dann frage ich mich, viele Eltern unter anderem auch wir sind damals bei der Anmeldung hingegangen und haben gefragt, wie es denn mit der Hortbetreuung aussieht. Da wurde uns gesagt, ja alles in Ordnung. Wird alles gemacht. Ist alles geregelt. Jetzt wird dann dieser schöne Schwenk gemacht durch das Jugendamt oder wen auch immer. Das Problem ist, dass viele Eltern mit Sicherheit ihr Kind sonst hier nicht in Großbeeren angemeldet hätten. Muss man auch ganz klar sehen. Wäre sicherlich auch der Fall gewesen, wenn von vornherein klar gewesen wäre, dass die Eltern dafür verantwortlich sind. Warum nehmen die Eltern dann einen Hortplatz? Weil wir selber die Zeit gar nicht haben und arbeiten müssen. Und das ist das riesige Problem, was ich sehe. Sie haben gesagt, dass die Kinder, einige sind schneller, lernen, dass sie den Weg finden können, ist in Ordnung. So, wer überwacht es denn, dass die Kinder auch da sind? Das ist das Problem was dazu kommt, dass die Kinder, wenn sie im Hort sind, auch überprüft werden, dass sie auch da sind. Werden wir da eine Telefonhotline bekommen wo jedes Elternpaar versucht, ist denn mein Kind auch angekommen? Das kommt ja noch dazu. Das muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen. Das sind Sachen, ein Anfang ohne Ende.“

6. Anfrage von Frau Leske:

„Birgit Leske mein Name. Mein Kind geht jetzt noch in die 1. Klasse und wenn man sieht, die Fahrradfahrer an der Kirche, dieser schmale Weg, wenn dann 30 Kinder laufen, nehmen die Fahrradfahrer keine Rücksicht. Die donnern einfach durch die Menge durch. Und das kann man einem Kind, 1. oder 2. Klasse ist egal, nicht zumuten, in diesem schmalen Stück sich ständig umzudrehen und zu gucken. Die fahren wie die Wildschweine, echt. Das geht gar nicht. Kann man nicht irgendeine andere Lösung finden?“ **Frau van der Mond** wendet sich an Herrn Grüning zum Thema Ankunft im Hort, in dem Listen vorhanden sind, welche Kinder ankommen müssen. Das Hortpersonal ist immer in Kenntnis darüber, welche Kinder im Hort gemeldet und ankommenspflichtig sind und welche Kinder z. B. krankheitsbedingt als nicht gemeldet gelten. Unter Berücksichtigung ob ein Kind essen geht, erfolgen nach einer Karenzzeit von max. einer Stunde die Kontaktaufnahme mit den Eltern sowie die Vor-Ort-Kontrolle, sofern ein gemeldetes Kind im Hort zeitnah nicht ankommen sollte. **Herr Grüning** wirft ein: „aber jetzt überlegen Sie doch einmal, was in einer Stunde passieren kann. Das ist was, was uns wirklich auf der Zunge liegt. Das brennt. In einer Stunde kann soviel passieren. In einer Stunde kann ich nicht aus Berlin hier sein. Meine Frau kann nicht so schnell hier sein. Weil wir auch weg und unterwegs sind. Tage auch mal nicht da sind. Und da ist eine Stunde, eine halbe Stunde schon heftig.“

7. Anfrage von Herrn Jarosch:

„Es wird ja noch darüber diskutiert. Ich finde diesen Serviceansatz sehr lobenswert. Ich kann nur an Sie alle appellieren, dass so eine Serviceleistung für die Sicherheit unserer Kinder wohlwollend von Ihnen diskutiert wird. Das ist eine Bitte, ein Anliegen von mir. ...“

Des Weiteren kann ich Sie alle einladen, meine Tochter ist 1,25 m groß, Sie können sich gern einmal auf Ihre Knie setzen und dann einmal diese Kreuzungen einblicken, auch von der Berliner Straße kann man ja rechts rum fahren an der Kirche, d. h. meine Tochter muss sich nach rechts und nach links wenden oder ich lade Sie ein, mit meiner Tochter diesen Weg einfach mal abzulaufen und einfach mal zu gucken was sie nach einem Jahr kann, damit Sie sich ein Bild davon machen können. Weil ich denke über graue Theorie zu diskutieren, ist sehr schwer. Sie können mich jederzeit gerne ansprechen und den Weg mit meiner Tochter einfach mal abgehen. Ich bin gerne bereit, dies aus der Ferne mit zu beobachten und sie ist nicht in irgendeiner Art und Weise von mir instruiert. Es ist eine spontane Idee von mir, die ich hier einfach nur anbieten kann.“ **Herr Ahlgrimm** greift den Gedanken von Herrn Jarosch auf und bestätigt, dass das Thema Verkehrserziehung auf diesem zu bewältigenden Weg nur dann funktioniert, wenn diese mit einer guten Dokumentation und Beobachtung eventueller Lernfortschritte jeden einzelnen Kindes verknüpft wird, sodass sich die Eltern sicher sein können, was sie ihrem Kind zutrauen können und was das Kind kann, um dann an den Zeitpunkt zu kommen, das Kind auch los lassen zu können, damit es sich selbstständig in der Welt bewegen kann, worauf es im Endeffekt auch ankommt, betont Herr Ahlgrimm aus Erfahrung als Vater von drei Kindern. **Frau Leske** wirft ein: „die Erfahrung habe ich selber gemacht. Meine Tochter ist bereits 21. Ich habe einen Nachzügler. Meine erste Tochter durfte auch laufen. Meine zweite Tochter darf es nicht. Ganz einfach, aus den gesellschaftlichen Gründen. Fertig. Schön, dass die Kinder groß sind, aber schön, dass Sie auch vergessen haben, was in unserer jetzigen Zeit läuft.“

8. Anfrage von Herrn Landt:

„Landt, mein Name. Herr Ahlgrimm, seien Sie ehrlich, es geht hier lediglich um den Faktor Geld an dieser ganzen Angelegenheit. Im Ganzen geht's hier nur um den Faktor Geld. Fragen Sie bitte die Eltern, ob sie bereit wären, eine Erhöhung des Hortbeitrags zu zahlen. Ich sage Ihnen mindestens 95 % der Eltern sind sofort bereit, den Beitrag zu erhöhen.“ **Herr Ahlgrimm** versichert, dass es ihm hier nicht um den Faktor Geld geht. Es würde vielmehr das Problem bestehen, wenn die Ankündigung vom LaJug, die auch vom Landkreis bestätigt wurde, Tatsache wird und die Begleitungszeiten der Erzieher für die Kinder aus dem notwendigen pädagogischen Personalbedarf rausgerechnet werden. Dann hat die Gemeinde ein finanzielles Problem bei der Bezahlung der Personalkosten, da die Erstattung vom Landkreis nur noch in verminderter Höhe ankommen würde. Die Gemeindevertretung soll besprechen, welche Möglichkeiten bestehen, neues Personal aus dem eigenen Haushalt zu finanzieren. Einwurf von **Herrn Landt**: „Herr Ahlgrimm, fordern Sie die Eltern auf. Fragen Sie die Eltern, sind Sie bereit mehr Geld zu zahlen?“, woraufhin **Herr Ahlgrimm** bestätigt, dass dieses Angebot bereits Bestandteil der Überlegungen gewesen war. **Herr Pächnatz** führt abschließend aus, dass eine Lösung gefunden wird, worauf **Herr Landt** fragt: „Bis wann? Mir ist wichtig bis wann? Da würde ich gerne konkreter werden.“ **Herr Ahlgrimm** informiert, dass für die zukünftigen Erstklässler bis zum Halbjahreswechsel (Ende Januar 2012) die Schulwegbegleitung im Sinne der Verkehrserziehung ggf. für alle Kinder als gesichert angesehen werden kann. Für die Zeit nach dem ersten Halbjahr wird die Gemeindevertretung ab Ende August über Lösungsansätze diskutieren, die jedoch erst ab Februar 2012 ihre Wirkung zeigen. Im September bzw. erst im Oktober kann mit einer verbindlichen Antwort gerechnet werden. Für die 2. Klassen muss unmittelbar nach den Sommerferien gleich mit der Beobachtung angefangen werden, wer oder wer nicht gelernt hat bzw. in der Lage ist alleine zu gehen.

Zu TOP 6 **Anfragen der Gemeindevertreter**

Die Anfragen werden wörtlich protokolliert.

...

„Also zwei kurze Fragen. Ich hatte vor ein paar Tagen das erste Mal seit langer Zeit Gelegenheit einmal ganz gemütlich und nicht hektisch an der Waage vom alten Gutshof vorbeizulaufen. Also ich habe nur einmal so ein Blick auf das Dach geworfen. Die ist ja wirklich, da hängen ja wirklich schon ein paar Balken so ein bisschen schräg runter, marode, um es schlicht weg zu sagen. Wie liegen da genau die Eigentumsverhältnisse? Wer ist dafür zuständig, das Ding gegebenenfalls, so weit ich weiß es steht zwar unter Denkmalschutz, zu restaurieren und ist da schon in irgendeiner Form angedacht, dass da mal was passiert, irgendwann einmal? Es sieht in Teilen jedenfalls so aus, als würden manche Dinge nicht mehr unbedingt lange halten.“ Die Berliner Stadtgüter sind Eigentümer des Beamtenhauses mit Zaunanlage sowie der Waage und wurden auch von der UNB über den Zustand in Kenntnis gesetzt, informiert **Herr Ahlgrimm**. Leider gibt es jedoch nach Kenntnis von Herrn Ahlgrimm keine Bestrebungen seitens der Stadtgüter sichernde Maßnahmen einzuleiten. **Frau Brückner**: „Wäre es möglich, dass die Gemeindeverwaltung sich noch einmal diesbezüglich an die Stadtgüter wendet und ganz aktuell noch einmal auf den Zustand hinweist? Weil es sieht irgendwie ein bisschen traurig aus.“ **Herr Ahlgrimm** sagt dies zu. **Frau Brückner** fährt fort: „Und meine zweite Frage, die ich habe. Ich habe jetzt gerade gehört, dass gestern im letzten Finanzausschuss unserer sachkundiger Einwohner noch als solcher nicht gemeldet war, weil wir hätten doch hier einen Beschluss fassen müssen. Sie sind, wenn ich mich recht entsinne, durchaus rechtzeitig von mir informiert worden und Herr Habich hatte sogar schon die ganzen Unterlagen zugeschickt bekommen. Deshalb bin ich jetzt irritiert, dass das nicht auf die Tagesordnung der GV gekommen ist, sodass wir diesen Beschluss dann eventuell wirklich fassen können. Mir hatte man gesagt, das sei nur eine Mitteilung, die wir machen müssen, dass das denn hätte passieren können, aber selbst die Unterlagen hatte Herr Habich schon, sodass ich eigentlich davon ausgegangen war, dass das alles in Sack und Tüten war. Bin jetzt gerade ein bisschen irritiert gewesen.“ **Herr Ahlgrimm** bestätigt, dass sachkundige Einwohner durch Beschluss der Gemeindevertretung berufen werden müssen und räumt dieses Versäumnis seitens der Verwaltung ein. Auf die Frage von Herrn Ahlgrimm, ob ein Dringlichkeitsbeschluss auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, entgegnet **Frau Brückner**: „Also in Anbetracht der Tatsache, dass wir dann demnächst in die Haushaltsdiskussion gehen, würden wir das eigentlich schon durchaus wichtig finden, wenn das funktionieren könnte. Ich weiß nicht, wie es die anderen sehen, aber ehrlich gesagt, finde ich das nicht gut, weil die nächste Sitzung ja dann erst Ende August ist. Und da kann er ja auch nicht offiziell teilnehmen, d. h. erst wieder Ende September. Das finde ich ziemlich schwierig.“ Da der Haushalt im öffentlichen Teil besprochen wird, darf Herr Habich selbstverständlich daran teilnehmen, sodass **Herr Ahlgrimm** daraus keine Dringlichkeit herleiten kann. **Frau Brückner** antwortet daraufhin: „Aber Teilnehmer zu sein ist was anderes als Mitglied zu sein. Letzte Frage, sagen Sie zu diesem Papier noch etwas, das ist ja, nehme ich an, als Teilantwort auf unsere Frage gedacht, die die SPD Fraktion gestellt hat.“ **Herr Ahlgrimm** wird unter TOP 8 Informationen der Verwaltung dazu Auskunft geben.

2. Anfrage von Herrn von Schrötter:

„Herr Schwarz, wir hatten uns ja mit Herrn Ritter zusammen den abgestorbenen Baum am Schulsportplatz angeguckt. Läuft da was?“ Der Baumstumpf wird am kommenden Dienstag runter geschnitten, bestätigt **Herr Schwarz**.

TOP 7 Gefahrenanalyse Feuerwehr

Herr Ahlgrimm weist darauf hin, dass die überarbeitete Brandschutzbedarfsplanung im Hauptausschuss besprochen worden ist. Die auf Seite 22 dargestellten Möglichkeiten und Maßnahmen, die für die Zukunft in Betracht kommen könnten, sollen in den Fraktionen

...

diskutiert und dann schließlich umgesetzt werden, sodass in der nächsten Gemeindevertretungssitzung die Konzeption beschlossen werden kann. Auf Hinweis von **Frau Krause**, dass unter Punkt 3.3 zwar die Windräder, nicht aber die Photovoltaikanlagen aufgeführt wurden, weist **Herr Ahlgrimm** auf den Redaktionsstand der Brandschutzbedarfsplanung hin, aus der dann auch der zur Zeit nicht aktuelle Bearbeitungsstand resultiert.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Fertilitätsprognose Amt für Statistik

Aus einer der Verwaltung vorliegenden Bevölkerungsstatistik für das Land Brandenburg von 2009 – 2030 hat **Herr Ahlgrimm** die beiden Großbeeren betreffenden Seiten für die Gemeindevertreter zur Verfügung gestellt. Unter Punkt 1.1 Fertilität heißt es „Es wird erwartet, dass die Geburtenhäufigkeit der Frauen im Prognosezeitraum im Landesdurchschnitt konstant auf dem Niveau des Basisjahres 2008 bleibt, u. a. da eine Angleichung an das Geburtenniveau der alten Bundesländer bereits vollzogen ist.“ Die Darstellung der Entwicklung der tatsächlichen Geburtenraten in den letzten 15 Jahren weist laut Diagramm jedoch eine konstant steigende Kurve auf, sodass an solche Prognose mit aller Vorsicht ran zugehen ist, da sie maßgeblich davon abhängen, welche Annahmen vorausgesetzt werden. Des Weiteren wird Herr Ahlgrimm eine entsprechende Dokumentation des Landes Brandenburg über die Stadt Ludwigsfelde mit Vergleichsdaten für Ludwigsfelde, Blankenfelde-Mahlow und Großbeeren in pdf-Datei an die Gemeindevertreter per Email versenden. Herr Ahlgrimm weist darauf hin, dass der Verwaltung nur eine Zusammenfassung des Prognosematerials möglich sein wird. **Frau Brückner** ergänzt, dass die Schülerzahlenermittlung im eigenen Ort nur ein Teil der Entscheidungsfindung ist, sondern auch Schüler anderer Gemeinden berücksichtigt werden. Von der Beauftragung eines Gutachters zur Ermittlung weiterer Daten, die über die Zusammenfassung des Prognosematerials hinausgehen, würde Frau Brückner abraten. Da Frau Brückner gerne wissen möchte, welchen Annahmen dem Prognosematerial zu Grunde liegen, wird sie sich die Unterlagen im Ort anschauen. Da laut Auffassung der SPD die Altersprognose für Großbeeren nicht außer Acht gelassen werden kann, müssen die Aufgaben, die auf die Kommune zukommen, rechtzeitig angegangen werden.

Flugrouten

Herr Ahlgrimm informiert über die am 04.07.2011 stattfindende Tagung der FLK, in der den Mitgliedern die Vorschläge, die die DFS dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung unterbreiten wird, bekannt gegeben werden. Im Nachgang zu dieser Veranstaltung wird Herr Ahlgrimm zusammen mit drei weiteren Kollegen der Schutzgemeinschaft die Möglichkeit haben am 06.07.2011 beim Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums einen Termin wahrnehmen zu können. Bei diesem Termin sollen Erkundigungen eingeholt werden, welche Möglichkeiten das Bundesverkehrsministeriums sieht, auf die ihm unterstellte Behörde des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung im Sinne einer Lärmminimierung für die hier betroffenen Anwohner einzuwirken. Den Bericht über den Gesprächsverlauf wird Herr Ahlgrimm auf die Internetseite der Gemeinde Großbeeren stellen.

Zu TOP 9 Öffentliche Beschlussfassung

Zu 9.1:

Beschluss-Nr. 178-32./2011

(Drucksache 185/2011)

...

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren beschließt sich der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung 2009 der Gemeinde Großbeeren durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des LK Teltow-Fläming anzuschließen und die Jahresrechnung 2009 auf Grundlage des Art. 4 Abs. 3 KommRRRefG und gem. § 93 Abs.3 GO wie folgt zu bestätigen.

Im Verwaltungshaushalt

In den Einnahmen mit	10.464.041,94 €
In den Ausgaben mit	10.464.041,94 €

Im Vermögenshaushalt

In den Einnahmen	1.682.561,97 €
In den Ausgaben	1.682.561,97 €

Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und die Stellungnahme des Bürgermeisters sind als Anlage beigefügt. **Herr Paul** informiert, dass der Finanzausschuss darüber beraten hat und einstimmig die Annahme der Drucksache empfiehlt.

Hauptausschuss am 22.06.2011; Abst.: 7 / 0 / 0
 Finanzausschuss am 28.06.2011; Abst.: 7 / 0 / 0
 Abstimmung über DS 185/2011: 17 / 0 / 0

Zu 9.2:

Beschluss-Nr. 179-32./2011

(Drucksache 186/2011)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren beschließt den Änderungs- und Ergänzungsvertrag zum Erschließungsvertrag vom 22.04.2003 zur Erschließung der JVA Heidering einschließlich Eingriffs- / Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Gemeinde Großbeeren und den Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Justiz des Landes Berlin.

Die Planungs- und Erschließungskosten in Höhe von insgesamt höchstens 125.000,00 Euro sind im Haushalt 2011 bereits enthalten. **Herr Pächnatz** bittet die Beschlussvorlage mit der aktualisierten Tischvorlage auszutauschen. **Herr Paul** informiert, dass der Finanzausschuss ebenfalls darüber beraten hat und die Annahme der Drucksache mehrheitlich mit einer Gegenstimme empfiehlt.

Ausschuss für Bauen, Gemeindeentwicklung und Umwelt vom 06.06.2011: Zustimmung
 Kenntnisnahme
 Hauptausschuss am 22.06.2011; Abst: 5 / 1 / 1
 Finanzausschuss am 28.06.2011; Abst.: 6 / 1 / 0 (mit Änderung)
 Abstimmung über DS 186/2011: 14 / 2 / 1

Zu 9.3:

Beschluss-Nr. 180-32./2011

(Drucksache 187/2011)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren beschließt den Bürgermeister zu ermächtigen, mit dem Landkreis Teltow-Fläming den vorliegenden öffentlich- ...

rechtlichen Vertrag zur Durchführung der Aufgaben gemäß § 12 Abs. 1 KitaG abzuschließen.

Die Einnahmen belaufen sich auf voraussichtlich 1,498 Mio. €, die im Haushalt 2011 bereits enthalten sind. Dies entspricht einer Steigerung der Erstattung der Personalkosten von ca. 65 % auf 86 %. **Herr Pächnatz** bittet die Beschlussvorlage mit der aktualisierten Tischvorlage auszutauschen. **Herr Ahlgrimm** erklärt, dass die Gemeinden jetzt darauf bestanden haben, die tatsächlich im KitaG vorgesehene Erstattung der Personalkosten für die Gemeindehaushalte zu erhalten. Im Gegenzug wird mindestens in den kommenden drei Jahren die Kreisumlage an den Landkreis um jeweils 1 % erhöht. **Herr Paul** informiert, dass der Finanzausschuss darüber beraten hat und einstimmig die Annahme der Drucksache empfiehlt.

Ausschuss für Bildung, Jugend, Sport und Soziales am 07.06.2011, Abst.: 6 / 0 / 0
 Hauptausschuss am 22.06.2011; Abst.: 7 / 0 / 0
 Finanzausschuss am 28.06.2011; Abst.: 7 / 0 / 0
 Abstimmung über DS 187/2011: 17 / 0 / 0

Zu 9.4:

Beschluss-Nr. 181-32./2011

(Drucksache 188/2011)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren beschließt Frau Ute Grams in den Kita-Ausschuss des Hortes Großbärenkinder zu entsenden.

Herr Pächnatz bittet die Beschlussvorlage mit der aktualisierten Tischvorlage auszutauschen.

Ausschuss für Bildung, Jugend, Sport & Soziales am 07.06.2011. Abst.: 6 / 0 / 0
 Hauptausschuss am 22.06.2011; Abst.: 7 / 0 / 0
 Abstimmung über DS 188/2011: 16 / 0 / 1

Zu 9.5:

Beschluss-Nr. 182-32./2011

(Drucksache 189/2011)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Großbeeren beschließt den Bürgermeister zu ermächtigen, dem Staatlichen Schulamt Wünsdorf die gemeindliche Zustimmung zu übermitteln, die es sechs Kindern mit Wohnsitz außerhalb der Gemeinde Großbeeren ermöglicht, ihr Kind zum Schuljahr 2011/2012 in die Otfried-Preußler-Grundschule einschulen zu lassen. Der Bürgermeister wird außerdem beauftragt, Beschwerde gegen das Vorgehen des Staatlichen Schulamtes zu richten.

Es gibt keine finanziellen Auswirkungen, da eine Kostenerstattung zwischen den Gemeinden im Wege des Schulkostenausgleichs stattfindet. Es handelt sich um sechs Kinder aus Ludwigsfelde, deren Eltern einen entsprechenden Antrag beim Staatlichen Schulamt Wünsdorf gestellt haben. Das Schulamt hat im Wege des Prüfungsverfahrens den Schulträger der aufnehmenden Schule anzuhören gem. § 106 (4) BbgSchulG. Ausweislich des vorliegenden Schriftverkehrs wurden Anhörung und Entscheidung über den Einschulungsort am selben Tag ausgefertigt. Das Verfahren zur Herstellung des Benehmens wurde von der Verwaltung eingeleitet. Noch vor Beendigung des Verfahrens bzw. Herstellung des Benehmens und einer Entscheidung, erhielt die Verwaltung bereits das

...

Entscheidungsschreiben über die Stattgabe bzw. Ablehnung der Anträge, sodass **Herr Ahlgrimm** ein Beschwerdeschreiben an das Stattliche Schulamt richten wird, was auch von **Frau Brückner** befürwortet wird. Auf Nachfrage von **Herrn Grzeskowiak**, informiert **Herr Ahlgrimm**, dass zwei Anträgen stattgegeben wurde bzw. fünf Anträge abgelehnt wurden. Der Bildungsausschuss hatte ohne Kenntnis der Entscheidung des Schulamtes dem Beschluss zugestimmt, mit der Bedingung bei Aufnahme von sechs Kindern, vier 1. Klassen zu eröffnen. Herr Grzeskowiak bittet Herrn Ahlgrimm diese Bedingung auch zum Inhalt in seinem Antwortschreiben zu machen. **Herr Petersen** erläutert, dass derzeit 2 x 27 Schüler und 1 x 26 Schüler in den 1. Klassen sein werden. **Herr Pächnatz** bittet die Beschlussvorlage mit der aktualisierten Tischvorlage auszutauschen.

Ausschuss für Bildung, Jugend, Sport und Soziales am 07.06.2011, Abst.: 6 / 0 / 0
Im Hauptausschuss am 22.06.2011 zurückgestellt
Abstimmung über DS 182/2011: 17 / 0 / 0

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20:25 Uhr vom Vorsitzenden beendet.

Großbeeren, den 08.07.2011

Für die Richtigkeit:

Günter Pächnatz
2. Stellvertreter des Vorsitzenden der
Gemeindevertretung

St. Moraske
Protokollantin